

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	Bürgerversammlung Südstadt
	Termin:	14.09.2016, 18.30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgerzentrum der Südstadt (Südwerk), Henriette-Obermüller-Straße 10
	Leitung:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Die **Erste Vorsitzende der Bürgergesellschaft Südstadt, Frau Dr. Hillesheimer**, eröffnet die Bürgerversammlung, begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup, die anwesenden Stadträte, Ortschaftsräte, Frau Bundestagsabgeordnete Binder sowie die Vertreter der Stadtverwaltung und Gesellschaften.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup bedankt sich für die Einladung und begrüßt ebenfalls die Anwesenden. Er freue sich über das große Interesse an der Veranstaltung und gibt zunächst einen kleinen Überblick über wichtige Orte und historische Ereignisse in der Südstadt. Danach leitet er über auf die Tagesordnungspunkte der Versammlung.

TOP 1

Kombilösung, Auswirkungen auf die Südstadt

Herr Konrath (KASIG – Karlsruher Schieneninfrastrukturgesellschaft mbH -) gibt einen kurzen Überblick über die Baumaßnahmen in der Ettlinger Straße und beim Kongresszentrum. Hierbei verweist er auf verschiedene Bauphasen, welche noch bis Ende 2017 andauern werden. In dieser Zeit müsse man noch an der Oberfläche mit Einschränkungen rechnen. Danach werden weitere Arbeiten an den Haltestellen nötig, welche hauptsächlich mit Sicherungssystemen und dergleichen zu tun haben. Diese Arbeiten sollen unterirdisch stattfinden, sodass eine Einschränkung für die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich des Verkehrs an der Oberfläche nicht gegeben sei.

Als Nächstes geht er auf den Umbau der Kriegsstraße ein. Hierbei sei der Bundesrechnungshof das größte Hindernis, da ohne dessen Beschluss keine Förderung des Baus an dieser Stelle gegeben sei. Noch fehle ein Signal des Bundesrechnungshofs, man hoffe aber, dass im Laufe des Septembers ein positives Signal entgegengenommen werden könne.

Frau Dr. Hillesheimer erkundigt sich, wann die unterirdischen Bauabschnitte mit den oberirdischen verbunden werden, da bisher der gesamte Straßenbahnverkehr über die Rüppurrer Straße umgeleitet werde, was zu einer enormen Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner führe.

Herr Konrath (KASIG) antwortet, dass die endgültige Inbetriebnahme bis 2019 erfolgen solle. Allerdings hänge dies mit dem Fortschritt der Tunnelerstellung in der Karl-

Friedrich-Straße zusammen. Dieser sei eine große Herausforderung. Sobald dieser Schritt getan sei, wären nur noch einfachere Aufgaben zu bewerkstelligen. Er weist allerdings auf die Unvorhersehbarkeit verschiedener Ereignisse hin, welche den Bau eines solchen Projekts leicht um einige Wochen verzögern können.

Frau Winter (Bürgerin) stellt die Frage, inwieweit sich die Entscheidungen des Bundesrechnungshofs auf die Baumaßnahmen in der Kriegsstraße und damit auf die Kosten auswirken.

Herr Konrath (KASIG) erwidert, dass die Prüfberichte des Bundesrechnungshofs ergaben, dass die Kriegsstraße grundsätzlich nicht förderfähig sei, obwohl Landes- und Bundesverkehrsministerium 2008 und 2013 einen Förderbescheid ausgestellt hatten. Falls der Bundesrechnungshof allerdings weiterhin diese Meinung vertrete, müsse der Rechnungsprüfungsausschuss die letzte Entscheidung treffen, ob die Kriegsstraße förderfähig sei oder nicht. Falls nicht, müsse man auf die Kriegsstraße verzichten. Er sei jedoch optimistisch, dass dieser „Worst Case“ nicht eintrete.

Herr König (Bürger) bittet um Klarheit, ob die Kriegsstraße gebaut werde, auch wenn der Bundesrechnungshof keine Zustimmung erteile.

Hierzu verweist **Herr Konrath (KASIG)** auf das Verkehrsministerium, welches sich über eine Entscheidung des Bundesrechnungshofes hinwegsetzen könne. Es bestehe begründete Zuversicht, dass die Kriegsstraße gefördert werde.

Herr Blankenhorn (Bürger) fragt, wieso eine Platane in der Rüppurrer Straße gefällt wurde und ob dies bereits das Bestreben sei, eine dauerhafte Umleitung zu installieren um im Falle der Ablehnung des Bundesrechnungshofs die Kriegsstraße fallen zu lassen.

Herr Konrath (KASIG) erklärt, dass dieser Baum von einem Pilz befallen war und deshalb gefällt werden musste und dass ein Abzweig in der Rüppurrer Straße gerade bei einem Bau der Kriegsstraße notwendig werde und eben nicht als Notlösung diene.

Herr Müller (Bürger) möchte wissen, wieso nach einem abgelehnten GVFG-Antrag (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Antrag) für die Kriegsstraße trotzdem mit dem Bau in der Kriegsstraße begonnen worden sei.

Hierzu bemerkt **Herr Konrath (KASIG)**, dass in der Kaiserstraße nur sechs Linien unterirdisch fahren können und für die zwei fehlenden Linien die Kriegsstraße benötigt werde. Bei einer oberirdischen Lösung in der Kriegsstraße, also bei einer Auslastung von Individualverkehr und ÖPNV komme es an den Kreuzungen Mendelsohnplatz und Karlstor zu Problemen. Deshalb sei die Untertunnelung für den Individualverkehr geplant. Diese Lösung sei auch vom Land und Bund als förderfähig angesehen worden.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup weist darauf hin, dass die Stadt nicht an einer Förderfähigkeit der Kriegsstraße zweifle. Für ihn sei es selbstverständlich, dass eine Kombilösung ohne eine oberirdische Straßenbahn in der Kriegsstraße nicht darstellbar sei. Man werde nicht auf die oberirdische Straßenbahn in der Kriegsstraße verzichten.

Herr Schneidmann (Bürger) bittet um Auskunft darüber, welches die Gründe für die Verzögerungen in der Ettlinger Straße seien und schlägt vor, mehr Baukräfte in die Ettlinger Straße zu verlegen. Zusätzlich wolle er wissen, ab wann der Bus von der Ettlinger Straße bis direkt zum Marktplatz fahre.

Zu dieser Frage erwidert **Herr Konrath (KASIG)**, dass in der Ettlinger Straße genug Kräfte beschäftigt seien und keine weiteren benötigt werden. Die Verzögerung sei durch Ausbesserungsarbeiten entstanden. Die Busverbindung hänge mit dem Fortschritt im Tunnelbau in der Karl-Friedrich-Straße zusammen.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup stellt fest, dass es in der Zukunft keine oberirdische Straßenbahn in der Ettlinger Straße mehr geben werde. Es mache keinen Sinn, hier nochmals Gleise zu verlegen, die dann bei Fertigstellung des Tunnels wieder abgebaut werden müssen. Dies sei eine Kostenfrage.

Er betont, dass ohne eine oberirdische Straßenbahn in der Kriegsstraße das eigentliche Ziel, eine straßenbahnfreie Kaiserstraße zu erhalten, nicht mehr möglich sei. Er drückt noch einmal seinen Optimismus darüber aus, noch im September vom Bundesrechnungshof ein positives Signal zu erhalten.

TOP 2

Bauvorhaben und Stadtteilentwicklung

Frau Schlenker (SPC – Stabsstelle Projektcontrolling) stellt die Sanierungspläne des Badischen Staatstheaters vor. Sie erläutert, dass die Stadt und das Land jeweils 50 % der Kosten tragen werden. Daher sei die Stadt auch an der Planung beteiligt. Man habe bereits Architekten ausgewählt, welche mit anderen Planern an den Plänen für das neue Staatstheater arbeiten. Im ersten Halbjahr 2017 werde eine Vorlage für den Gemeinderat erarbeitet, welcher dann über eine Fortführung des Projekts zu entscheiden habe.

Das Projekt sei in drei Module eingeteilt: Das erste Modul betreffe den Neubau des Schauspielhauses, welches ab 2020 in den Bau gehen soll. Das zweite Modul sei die Erweiterung des musikalischen Apparats und der Ausbau der Werkstätten. Als letztes sei das dritte Modul, die Sanierung des großen Hauses, geplant.

Herr Weindel (GBA – Gartenbauamt) stellt die baulichen Fortschritte im City-Park vor. Hier seien die letzten Bauabschnitte, welche die Grünflächen betreffen, in Arbeit. Er gehe davon aus, dies werde im Frühjahr 2017 abgeschlossen. Geplant sei, die Flächen nach den Osterferien einzuweihen und den Nutzern zu übergeben. Der Platz der Schulcontainer sei zurzeit als Bolzplatz gefragt, um ein zusätzliches Bewegungsangebot zu schaffen. Die Fläche des ESC-Frankonia sei noch unklar. Der Rest der baulichen Entwicklung im City-Park sei abgeschlossen.

Ein **Bürger** fragt, inwieweit die Fläche des ehemaligen Ausbesserungswerks erkundet wurde.

Herr Weindel (GBA) bestätigt, alle erforderlichen Erkundungsmaßnahmen habe man ausgeführt.

Eine **Bürgerin** möchte wissen, ob die Planung bezüglich des Grundschulhofs abgeschlossen sei und ob diese mit der Schule abgestimmt werde.

Auch hier konnte **Herr Weindel (GBA)** bestätigen, dass die Grundschulentwicklung mit der Schule abgestimmt sei und eine Vergrößerung des Grundschulhofs erreicht werde.

TOP 3

Situation am Werderplatz

Frau Dr. Hillesheimer spricht die Zusammenarbeit von Polizei und Straßensozialarbeit an, welche früher, zu der Zeit als die Polizei noch am Werderplatz war, zu einem Gleichgewicht geführt habe. Die Menschen am Brunnen waren immer Teil des Werderplatzes, jedoch seien die Grenzen der sozialen Verträglichkeit mittlerweile überschritten. Die Waage, in welcher sich die Ordnungskräfte und die dortige Szene gehalten haben, sei mittlerweile im Ungleichgewicht. Sie verstehe die Lage der Polizei, welche den Ordnungsdruck nicht aufrechterhalten könne. Doch leider sei zusätzlich ein Mitarbeiterproblem der Straßensozialarbeit hinzugekommen, da es aufgrund Schwangerschaft und Elternzeit Wechsel gegeben habe, was zu einer Verschlechterung der Verhältnisse am Werderplatz geführt habe. Auch sei es zu Veränderungen in der Szene am Werderplatz gekommen, da mittlerweile dort Gruppen unterwegs seien, welche die deutsche Sprache nur rudimentär beherrschen. Sie weist auf die Problematik der Toilettenanlage hin und teilt mit, dass mittlerweile auch harte Drogen am Werderplatz öffentlich konsumiert werden.

Herr Dr. Weiße (OA – Ordnungs- und Bürgeramt) erklärt, es habe früher einen Verhaltenskodex am Werderplatz gegeben, welcher mit der damaligen Szene gut funktioniert habe. Doch die heutige Szene sei eine komplett andere, sie habe sich stark vergrößert und in drei große Gruppen aufgespalten. Dies erschwere die Durchsetzung von Recht und Ordnung zusätzlich. Nichtsdestotrotz seien im vergangenen Jahr über 500 Kontrollen durch den kommunalen Ordnungsdienst am Werderplatz durchgeführt worden. Somit sei durchaus von einem Ordnungsdruck zu sprechen. Problematisch sei, dass die meisten Straftaten innerhalb der Szene stattfinden, also nicht gegenüber den Anwohnern oder Besuchern, und nicht angezeigt werden. An anderen Plätzen in Karlsruhe sei das anders. Dennoch spreche das schlechte subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen eine eigene Sprache. Eine Lösung für die Problematik sei nicht leicht zu finden. Der Ansatz, ein Alkoholverbot über den Werderplatz zu verhängen, sei gescheitert. Für ein solches Verbot fehle eine Rechtsgrundlage. Andere Städte, die das probiert haben, seien vor Gericht gescheitert. Auch seien bisher keine offene Drogenszene und fast kein Drogenhandel am Werderplatz erkennbar.

Frau Sailer (SJB – Sozial- und Jugendbehörde) berichtet von der Straßensozialarbeit, welche große Anstrengungen unternahme, um die Balance am Werderplatz wieder herzustellen, allerdings würde dies einige Zeit benötigen. Die Situation habe sich verschärft da im Landkreis einige Substitutionspraxen geschlossen hätten und deren Kunden nun auch in die Praxen der Südstadt kommen. Drogenkonsumräume seien zurzeit in der Diskussion.

Herr Dahm (Polizeirevier Südweststadt) bemerkt, dass der Polizeidienst die Ursachen der Probleme nicht bekämpfen könne, sondern nur die Symptome. Auch sei es ressourcentechnisch unmöglich, am Werderplatz durchgehend Polizeipräsenz zu zeigen. Es sei schlicht unmöglich, die Probleme durch die Polizei komplett zu beheben. Ein Alkoholverbot am Werderplatz sei zum einen rechtlich nicht durchsetzbar und würde zum anderen dazu führen, dass die Menschen den Standort wechseln, das heißt sich über das Gebiet der Südstadt verteilen. Die Straßensozialarbeit würde damit ihr Klientel nicht mehr finden, um tätig zu werden. Er weist darauf hin, dass die Kriminalpolizei am Werderplatz Observationen in Zivil durchführe, was für Bürgerinnen und Bürger nicht erkennbar sei.

Herr Kuhn (Bürger) drückt seinen Unmut und seine Frustration über die Entwicklung am Werderplatz aus. Nicht nur die Indianerbrunnengesellschaft, sondern auch die Gastronomie und die Zulieferung mancher Geschäfte seien ein Problem. Er fürchte um die gesamte Südstadt. Er selbst sei vom Werderplatz weggezogen, weil er dort nicht mehr gut leben könne.

Frau Lehning (Bürgerin) erklärt, dass sich die Lage am Werderplatz drastisch verschlimmert habe. Sie habe das Problem, dass direkt vor Ihrem Haus jeden Abend Menschen stehen, die betrunken seien, dort einschlafen und andere Menschen anpöbeln. Sie könne nicht einmal mehr ihre eigene Wohnung betreten. Seitens der Polizei sei sie enttäuscht, da sie mehrfach dort angerufen habe, da aber in ihrem Fall keine Straftaten begangen worden waren, habe die Polizei ihr nicht geholfen.

Herr Schneckenberger (Bürger) weist darauf hin, dass viele Anwohner ihre Kinder nicht mehr alleine einkaufen oder ein Eis kaufen lassen können. Er bemerkt, er wundere sich, dass jemand, der wegen Körperverletzung gesucht werde und wegen Wohnungslosigkeit als nicht auffindbar gemeldet sei, sich am Werderplatz aufhalten könne. An die Sozialarbeit stellt er die Frage, wieso eine einzelne Gruppe einen öffentlichen Platz der doch allen gehöre übernehmen könne.

Frau Lutriana (Bürgerin) schildert ihr Problem, dass sie sich wegen Pöbelei und massiver sexueller Anmache nicht mehr alleine über den Werderplatz traue. Da sie russisch spreche, könne sie die verbalen Angriffe der dortigen Szene verstehen. Es komme dort täglich zu Ausschreitungen und es handle sich nicht nur um ein Gefühl der Bedrohung, sondern um eine reale Bedrohung.

Herr Kuhnert (Bürger) schließt sich Frau Lutriana an und erzählt, dass er von einem Drogensüchtigen am Werderplatz schwer verletzt wurde. Er schlägt vor, man solle die Toilettenanlage schließen und durch eine Toilette gegen Entgelt ersetzen. Er stellt die Frage, woher die Drogensüchtigen kommen.

Herr du Marcel (Geschäftsführer des Wolfbräu am Werderplatz) schildert seinen Arbeitstag und die Probleme am Werderplatz. Er nennt eine Respektlosigkeit vor dem Gesetz als Hauptproblem. Er selbst sei immer wieder aufs Äußerste gefordert, um das Areal seines Lokals sauber zu halten und seine Gäste vor der Szene des Werderplatzes zu beschützen. Entgegen der Ansicht von Herrn Dr. Weiße gebe es eine offene Drogen-

szene und Drogenhandel. Er berichtet, seine Nachbarn und er würden jeden Morgen gebrauchte Spritzen aus den Blumenkübeln entsorgen.

Herr Kröck (Bürger) stellt sich als Mitarbeiter der Juno Bar vor und bemerkt, er könne sich seinem Vorredner anschließen. Seiner Meinung nach sei der Konsum von Drogen in einer öffentlichen Toilette eine offene Drogenszene. Er schildert ebenfalls das Problem, dass er schon häufig bei der Polizei angerufen habe und diese nicht oder erst dann komme, wenn sich die Störung erledigt habe.

Herr Mühlberger (Bürger) spricht die Thematik der Mülltonnen an, welche von Szenemitgliedern oft als Sitz oder als Trommel genutzt würden. Die Lärmbelästigung – vor allem nachts - sei ein großes Problem.

Herr Varga (Bürger) drückt seine Unzufriedenheit über die Verschmutzung der Gehwege und Straßen mit Hundekot aus.

Frau Sailer (SJB) erläutert, es gebe am Werderplatz eine Drogenszene. In aller Regel werden die Drogen in der unterirdischen Toilette konsumiert, was besser sei als ein Konsum oben auf dem Platz. Es gebe keine optimale Lösung, die alle zufriedenstelle. Wenn man die Toilettenanlage schließen würde und keine Alternative hätte, würde sich das Problem in die Grünanlagen Richtung Spielplätze verlagern – das wolle man gar nicht. Man schaue langfristig wieder mehr Kontakt zu den Szenemitgliedern zu bekommen und prüfe die Sache mit den Drogenkonsumräumen. Das habe Pro und Kontra, das müsse man abwägen. Es brauche seine Zeit, aber man sei daran. Es gelte, immer wieder die Balance herzustellen. Sie habe Verständnis für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und nehme diese mit, um zu prüfen, was getan werden könne.

Herr Ringle (HGW – Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft) nimmt Stellung zur Toilettenanlage am Werderplatz, die von HGW verwaltet werde. Er führt aus, dass auch innerhalb der Verwaltung ein Druck bestehe, da man Probleme habe, Reinigungsfirmen zu finden, die dort noch reingehen. Es sei ein Prozess angestoßen worden, da man die Zustände nicht mehr weiter akzeptieren wolle. Auf Dauer sei eine Veränderung dieser Toilettenanlage nicht vermeidbar. Man wolle oberirdisch vorübergehend eine Toilettenanlage stellen, um die unterirdische zu schließen und eine bauliche Veränderung herbeizuführen. Ob letztlich die Toilettenanlage wieder unterirdisch oder oberirdisch sei, könne er derzeit nicht sagen. Da gebe es auch verschiedene Interessengruppen. Es gebe die Aussage der Polizei und von professionellen Anbietern von Toilettenanlagen, dass eine unterirdische Toilettenanlage in der Regel schlechter sozial zu kontrollieren sei. Es gebe aber auch Argumente für eine unterirdische Anlage. Auf alle Fälle müsse man an der Stelle etwas machen. Im neuen Haushalt habe man dafür Gelder eingestellt und nun müsse man gemeinsam entscheiden, wie es weitergehe.

Er gibt zu bedenken, dass vor einigen Jahren, als aufgrund von Sanierungsarbeiten am Brunnen vorübergehend die Toilette geschlossen werden musste, das eingetreten sei, was Frau Sailer angesprochen habe. Es habe Beschwerden bei der Stadt gegeben über Drogenkonsum in Hauseingängen, Fäkalien in Parkanlagen und weil die Szene in der halben Südstadt ausgebreitet war. Man müsse deshalb hier ganz koordiniert vorgehen, mit Baumaßnahmen allein sei es nicht getan.

Herr Dahm (Polizei) bezieht Stellung zu dem Beitrag von Frau Lehning und empfiehlt, bei jedem Anruf gegenüber der Polizei die eigene Situation so detailreich wie möglich zu beschreiben und auf die Polizei zu warten. Zum Beitrag von Herrn Schneckenberger erklärt er, dass die Polizei leider nicht über die personellen Ressourcen verfüge, um überall präsent zu sein. Er weist darauf hin, dass auch dann, wenn jemand wegen einer Straftat gesucht werde und zunächst nicht auffindbar sei, diese Strafe dazugerechnet werde, sobald die Person wegen eines anderen Deliktes erneut festgenommen werde. Er bedankt sich bei allen Gastronomen um den Werderplatz für ihren Einsatz und ihr Engagement. Er bittet darum, die Polizei trotzdem anzurufen, auch wenn man gewisse Streitigkeiten privat klären könne, nur so erfahre die Polizei, welche Probleme es gebe. Er bietet den betroffenen Gastronomen ein Gespräch in der Polizeidienststelle an.

Den Wegzug der Polizei vom Werderplatz begründet er durch die dortige schlechte Gebäudesituation. Auch sei dieser Posten nur tagsüber besetzt gewesen, was am Werderplatz zu keiner Verbesserung geführt habe. An die betroffenen Bürgerinnen und Bürger spricht er die Einladung aus, auf die Polizei zuzugehen.

Herr Dr. Weiße (OA) bestätigt, dass der Werderplatz von der Szene dominiert werde. Dies sei ein Teil des Problems. Er bittet darum, immer die Polizei oder den Kommunalen Ordnungsdienst zu rufen, sobald eine Situation auftrete, die das erfordere. Soweit er wisse, würden die Szeneangehörigen hauptsächlich in der Nähe des Werderplatzes wohnen. Er betont nochmals, dass ein Alkoholverbot auf bestimmten Plätzen nicht ausgesprochen werden könne, da dazu die rechtlichen Rahmenbedingungen fehlen.

TOP 4

Schul- und Hortsituation in der Südstadt

Herr Frisch (SuS – Schul- und Sportamt) gibt eine kurze Zusammenfassung über die Verteilung der Schülerinnen, Schüler und Hortkinder. Er weist darauf hin, dass viele Schülerinnen und Schüler in anderen Schulbezirken zur Schule gehen. Daher seien in einigen Schulen in der Südstadt noch freie Kapazitäten vorhanden.

Frau Dr. Hillesheimer stellt fest, dies bedeute, dass die Plätze für die Schüler der Südstadt ausreichend seien und erkundigt sich, ob das auch für die Hortsituation zutreffe.

Herr Kloss (Stadtjugendausschuss) drückt seine Freude über den Umzug des Schülerhorts in die Uhlandschule aus und bemerkt, dass noch Schülerhortkapazitäten nutzbar gemacht werden können, sollten sie benötigt werden. Er spricht die schlechte bauliche Situation des Jugendhauses an und berichtet, dass man deswegen bereits mit dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft in Kontakt stehe. Er hoffe auf einen Abriss und folgenden Neubau des Gebäudes und erklärt, die Gebäudenutzung werde durch die marode Bausubstanz sehr eingeschränkt.

Herr Ringle (HGW) bezieht Stellung und erklärt, dass laut einem Gutachten die Möglichkeit einer Sanierung des Gebäude bestehe. Die Kosten hierfür seien wesentlich geringer gegenüber einem Neubau. Die Entscheidungsgewalt dazu liege bei der Politik. Derzeit seien Räume des Jugendhauses gesperrt, da man nicht verantworten könne, dass Jugendliche durch Schimmel oder ähnliches geschädigt werden.

Frau Lambrecht (Leiterin des Jugendhauses) spricht ebenfalls die Schimmelproblematik an und bittet dahingehend um eine Untersuchung. Sie betont, es sei noch nicht geklärt, woher die Feuchtigkeit komme und sie habe Bedenken, ob dieses Problem in dem vorhandenen Gebäude zu lösen sei.

Herr Ringle (HGW) bemerkt, es gebe eine Fülle an Problemen an dem Gebäude, jedoch habe jede Entscheidung große finanzielle Folgen. Diese Entscheidung unterliege der Politik.

Herr Hegele (Bürger) fragt, ob in der Schule am Wasserturm alle Schüler die im Einzugsbereich der Schule leben einen Platz bekommen können.

Herr Frisch (SuS) spricht die hohe Fluktuation durch vorgenommene Schulbezirkswechsel an, welche in der Südstadt verbreitet seien. Daher könne er die Frage nicht beantworten, denn er wisse nicht, ob alle Schüler des Schulbezirks die Schule am Wasserturm besuchen wollen. Wenn dem so wäre, gäbe es nicht genug Platz. Wenn ein Kind nicht an dieser Schule beschult werden könne, würde es an eine andere Schule weitergeleitet werden.

Herr Hegele (Bürger) erkundigt sich noch, ob es nicht die Möglichkeit gebe, die Schulcontainer stehen zu lassen, um eine weitere Klasse anzubieten.

Dies sei nicht möglich, antwortet **Herr Frisch (SuS)**, da diese Container nur eine begrenzte Standzeit haben und an dieser Stelle der Stadtpark fertiggestellt werden müsse.

Herr Struck (Vorsitzender des Fördervereins) berichtet, im Bürgerhaus gebe es hinsichtlich Feuchtigkeit die gleiche Problematik wie im Jugendhaus. Das Gebäude sinke an einer Ecke sogar stark ab.

Eine **Bürgerin** regt an, den Bolzplatz an der Stelle der Schulcontainer zu überdenken, um die Container für ein Schulkonzept einer Ganztagschule nutzen zu können.

Herr Frisch (SuS) erwidert, dies sei nicht möglich, da der Bolzplatz als Bewegungsangebot für die Ganztageschule am Wasserturm benötigt werde. Zusätzlich gebe es in der Umgebung einige Schulangebote für diejenigen Schüler, die nicht in der Schule am Wasserturm Platz gefunden haben.

TOP 5

Sparbeschlüsse der Stadt und ihre Bedeutung für die Südstadt

Frau Dr. Hillesheimer erkundigt sich, inwieweit die Südstadt von den Sparbeschlüssen der Stadt betroffen werde.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup beruhigt, dass die Sozialarbeit in der Südstadt nicht von den Sparbeschlüssen betroffen sei. Die Träger der freiwilligen Leistungen müssten zwar Gelder einsparen, das Diakonische Werk, Träger der Straßensozialarbeit Südstadt, habe sich jedoch entschieden, gerade in diesem Bereich nicht zu sparen.

Was die Kasse des Zoos in der Augartenstraße angehe, so werde diese wohl geschlossen werden, da es hier nicht mehr den großen Besucherandrang gebe, wie noch zu Zeiten der Bundesgartenschau vor vielen Jahren. Es werde ein elektronisches Kassensystem geprüft, welches eventuell dort eine Eingangsmöglichkeit für Jahreskartenbesitzer biete.

Zusätzlich gebe es zwei Punkte, die eventuell die Südstadt betreffen: Einmal die Entgelterhöhung für die ergänzende Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule und die Kürzung der Mittel für die Kooperation von Schule und Verein. Bei der Entgelterhöhung seien stadtweit alle Eltern betroffen, die dieses Angebot in Anspruch nehmen. Bezüglich der Kürzung der Mittel für die Kooperation von Schule und Verein sei noch nicht geklärt, an welchen Schulen diese Kürzungen vorgenommen werden sollen und daher wisse er noch nicht, ob die Südstadt betroffen sei.

Frau Dr. Hillesheimer bedankt sich bei allen anwesenden Bürgerinnen und Bürgern für ihr Interesse und bei Oberbürgermeister Dr. Mentrup, den Vertretern der Ämter und der Polizei für die erfolgten Stellungnahmen zu den Fragen. Sie beendet die erste Bürgerversammlung der Südstadt.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup bedankt sich ebenfalls bei den Bürgerinnen und Bürgern, den Mitarbeitern der Verwaltung und den kooperierenden Institutionen und der Vorsitzenden der Bürgergesellschaft Südstadt. Er habe die Veranstaltung als sehr erhellend empfunden und werde sich einige der Probleme noch einmal mit allen Beteiligten genauer anzusehen. Er betont die Wichtigkeit einer Kooperation aller Beteiligten zur Lösung der Problematik am Werderplatz. Auch bittet er darum, weiterhin jede unliebsame Begebenheit am Werderplatz zu melden, um auch in Statistiken die Problematik erkennbar zu machen. Er nehme auch das Thema Jugendhaus Südstadt auf, um darauf zu drängen, eine Lösung zu finden.

Er bedankt sich für die engagierten Beiträge und wünscht allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend.

Ende der Bürgerversammlung: 21:06 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
23. September 2016

Verteiler

Per Mail an:

Dezernat 1- 6

Bürgergesellschaft Südstadt (Frau Dr. Hillesheimer)

CDU-Fraktion

GRÜNE-Fraktion

SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

KULT-Fraktion

Gemeinsam für Karlsruhe (GfK)

Die Linke

Freie Wähler (FW)

AfD

Stadtrat Schmitt pl

Z. d. A.